

SPANDAUE

DIE LINKE.

Herbst 2012



**Damit Wohnen
bezahlbar bleibt.**

Gegen Mietwahnsinn und Verdrängung.
www.die-linke.de

DIE LINKE.



Die Zweite Seite

Inhalt

- Seite 2 Auch Digital
- Seite 3 Weltuntergang
- Seite 4-5 12 Monate BVV
- Seite 6 Kein schöner Wohnen
- Seite 7 Plan B
- Seite 8-9 Der Salafist
- Seite 10 Ein Verein im Aufwind
- Seite 10 Cuba Si
- Seite 12 WERWIEWASWIESOWESHALBWAR-UM ...

Auch Digital

Liebe Leserinnen und Leser der Spandauer Umschau, es gibt Neuigkeiten zu vermelden: Die Spandauer Umschau wird digital. Da heißt, dass wir unsere parteiliche und unbestechliche Zeitschrift monatlich als eine Zeitschrift herausgeben, die im gesamten Bundesgebiet zu aktuellen, prinzipiellen, aber auf jeden Fall antikapitalistischen Themen zu lesen sein wird. Die erste Nummer ist für den Januar 2013 geplant. Das heißt aber nicht, dass wir unsere Printausgabe vernachlässigen werden. Sie kommt selbstverständlich mindestens dreimal im Jahr heraus – in Wahlkampfzeiten öfters.

Noch eine gute Nachricht: Ab dieser Ausgabe befassen wir uns nicht nur mit schnöder Politik, sondern auch mit Sport (-politik). Ob dies alle Sportarten umfassen kann, ist noch schwer zu sagen. Auf jeden Fall fangen wir mit des Deutschen liebstem Kind an – dem Fußball nämlich.

Eine angenehme Lektüre wünscht

Piotr Luczak

Sprecher der Partei DIE LINKE.Spandau



Impressum

Herausgeber: **Die LINKE.**
Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Pichelsdorfer Straße 138
13595 Berlin - Spandau (Wilhelmstadt)
Tel. 36 43 74 71

www.die-linke-spandau.de
eMail: info@die-linke-spandau.de
bo-soziale-gerechtigkeit.de
info@bo-soziale-gerechtigkeit.de

V.i.S.d.P.: **Piotr Luczak**
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 20. Oktober 2012

Druck: **Auflage: 2.000**

Die nächste Ausgabe der Spandauer Umschau erscheint im Februar 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.





Parteitag

Göttinger Parteitag - oder warum schon wieder der Weltuntergang ausgefallen ist

Totgesagte leben länger.

DIE LINKE wurde medial schon so oft totgesagt, sollte ihren Weltuntergang erleben.

So auch schon wieder Anfang Juni.

Parteitag der LINKEN in Göttingen:

neoliberale Medien sagten ihren Zerfall voraus.



Vorwand: unüberbrückbare Widersprüche zwischen einzelnen „Strömungen“ und Personen. Ende August, der Weltuntergang hat nicht stattgefunden; DIE LINKE ist mit neuem Bundesvorstand weiterhin lebendig, ideenreich, aktiv.

Stimmt, die Situation zu Beginn des Parteitags war schwierig. Geringe Wahlerfolge, substantielle innere Auseinandersetzungen; erneute Integration aller Kräfte war geboten, ein neuer Bundesvorstand war zu wählen.

Schwierig genug!

Und es gab tatsächlich einzelne Akteure, die selbst auf dem Parteitag gefährlich zündelten.

Wir wissen: die Welt ist nicht untergegangen.

DIE LINKE hat die unmittelbaren Aufgabenstellungen des Parteitags gemeistert.



Sie schöpft ihre Kraft aus den Frauen und Männern die ihre Basis bilden.

Dies unterscheidet sie von den neoliberalen Blockparteien.

Das Erfurter Parteiprogramm von 2011 wirkte auch in Göttingen als starker stabilisierender Katalysator.

Mehr als komisch, wenn nach diesem linken Erfolg nun Springers WELT von einer Verschwörung in der Partei (Deckname: „Fair Vereinigen“) faselt.

Inhaltlich nichts Neues: Separatinteressen, unterstellte Ost-West-Konflikte.

Wieder kein Weltuntergang.

Allerdings: Brandstifter, woher auch immer, seien gewarnt: Die Basis bleibt wachsam, läßt sich IHRE LINKE nicht kaputtmachen.

Wolfgang Krebs





Neues aus der BVV

12 Monate in der BVV Spandau

Seit einem Jahr bin ich nun der Vertreter der Partei DIE LINKE.Spandau in der BVV . Meine Unerfahrenheit in Verfahrensfragen und die Unsicherheit im Auftreten waren anfangs sehr groß. Dennoch wurde mir ganz schnell bewusst, dass die sog. Profis auch nur mit Wasser kochen. Zudem hatte ich kompetente Genossinnen und Genossen an meiner Seite, die mit mir zusammen die Widrigkeiten des parlamentarischen Alltags konstruktiv und freundschaftlich zu lösen versuchten. Jedenfalls können sich die Projekte, die wir angestoßen haben, im Vergleich zu den beiden letzten Legislaturperioden sehen lassen.

Unser Antrag, den „Stichweg“ in Wladimir-Gall-Weg umzubenennen, hat zwar keine Euphorie ausgelöst. Dennoch ist es uns gelungen, diese Frage auf die Agenda der öffentlichen Meinung in Spandau zu bringen. SPD/Grüne waren/sind zwar dafür, dennoch stehen hier meines Eindrucks nach bestimmte Figuren auf der Bremse. Dass sich die CDU in dieser Frage als Hauptopponent nicht zu schade ist, verwundert mich eigentlich nicht - obwohl sich Wladimir Gall unter Konrad Birkholz in das Goldene Buch der Stadt Spandau eintragen konnte. Hier wird sich wohl die CDU noch beweisen müssen, nicht als Partei mit doppeltem Boden angesehen zu werden.

Ein Dauerthema ist das Spandauer Jobcenter, besonders was den Hang zur Sanktionierung von Hartz IV - Beziehern angeht, wo in vielen Fällen nach Gutsherrenart verfahren wird . Es ist auch immer wieder ein Ärgernis, dass im Jobcenter der Datenschutz klein geschrieben wird. In der Leistungsstelle liegen z.B. Kundenakten für jeden

einsichtbar herum. Abgesehen davon, dass wir Linke fordern, Hartz IV generell abzuschaffen, sind die Zustände im Jobcenter Spandau nicht hinnehmbar. Diese Problematik wird Thema der nächsten BVV-Sitzungen sein. Desgleichen werde ich im Ausschuss „Soziales“ auf die Beseitigung der Missstände pochen.

Dass in Spandau allmählich prekäre Wohnverhältnisse Einzug gehalten haben, ist wohl kein Geheimnis. Wenn sich davon betroffene Bürger an die Linke Spandau um Hilfe wenden, hat die Situation Ausmaße angenommen, die ihresgleichen suchen. Verschleppte bzw. gar nicht in Betracht gezogene Instandhaltungsmaßnahmen, Wechsel der Eigentümer im Zweimonatsrhythmus, Einschüchterung der Mieterinnen und Mieter, massenhafte Verschickung von fristlosen Kündigungen, Rattenbefall in den Außenanlagen etc. haben im Pillnitzer Weg das Fass zum überlaufen gebracht. Im Bezirksparlament die Sache anzusprechen ist die eine Seite, die andere aber ist es konkret, den Mietern unter die Arme zu greifen. Eine Serie von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen gipfelte am 30. Juli in der Gründung der MieterInnen-Initiative „Pillnitzer Weg“. DIE LINKE. Spandau leistete hierbei nicht nur logistische Unterstützung, sondern war unter Hinzuziehung der Berliner Mietergemeinschaft an der inhaltlichen Ausrichtung der MieterInnen-Initiative federführend beteiligt, was die wohnungspolitischen Vorstellungen der Partei DIE LINKE anbetrifft. Meine Kleine Anfrage an das Bezirksamt, ob es über die Lage der in Staaken wohnenden Bürger plus Rattenplage und Eigentumsverhältnisse Be-





Neues aus der BVV

scheid wisse und welche Maßnahmen es dagegen zu unternehmen gedenke, deckte im Antwortschreiben die skandalöse Ahnungslosigkeit des Bezirksamtes auf (nachzulesen auf der Bezirks-Website unter der Nummer XIX-058). Den für den Bezirk Verantwortlichen sind also existentielle Probleme der Bürgerinnen und Bürger schnuppe! Ich werde jedenfalls die Aktivitäten der Mieterinitiative parlamentarisch begleiten und das Bezirksamt auf keinen Fall aus seiner Verantwortung entlassen. Vertreter eines Seniorenheimes im Falkenhagener Feld wandten sich mit der Bitte an uns, ihnen dabei behilflich zu sein, die Abschaffung der dort befindlichen Müllschlucker zu verhindern. Da die Bewohner dieses Anwesens in ihrer Mehrheit gehbehindert sind und auch auf Pflegedienste angewiesen sind, ist ein Gang auf den Hof für sie praktisch unmöglich. Das wird zu meinen nächsten parlamentarischen Initiativen gehören, in Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen zu sondieren, wie dieses Problem im Interesse der dort Wohnenden zu lösen ist.

Ein Dauerbrenner ist die Situation an den Spandauer Schulen, besonders was den massiven Ausfall von Unterrichtsstunden anbetrifft. Klagen von Elternvertretern und Schulleitern lassen hohen Handlungsbedarf erkennen. Dazu habe ich das Bezirksamt gefragt, wie hoch der Unterrichtsausfall seit Schulbeginn (6. August) ist. Ich bin auf die Antwort des zuständigen Stadtrates gespannt und noch viel mehr auf die Vorschläge zur Lösung dieses Problems. Wahrscheinlich begnügt sich das BA mit dem Hinweis auf leere Kassen. So leicht werden sie mir aber nicht davon kommen. Die Zusammenarbeit in der Kommunal-AG unseres Bezirksverbandes ist von Kollegialität und der

Vision geprägt, sozialistische Kommunalpolitik nicht zum bloßen Regionalereignis verkommen zu lassen. Viele Entscheidungen, die sich gegen die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wenden, werden weit ab von Spandau gefällt - nämlich in Brüssel. Somit ist Kommunalpolitik auch Europapolitik! Es gilt den neoliberalen Zeitgeist an seiner Basis zu bekämpfen. Ich lade alle Genossinnen und Genossen unseres Bezirksverbandes und auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, mit uns zusammen für ein soziales Spandau zu streiten. Die Termine der Kommunal-AG bitte ich unserer Website zu entnehmen.

www.dirk-grosseholz.de
www.bo-soziale-gerechtigkeit.de
www.die-linke-spandau.de
Dirk Großholz
 BVV-Verordneter DIE LINKE.Spandau





Mietpolitik

Kein schöner Wohnen in den privatisierten Wohnungsbeständen in Spandau

Wir erinnern uns: In den 90er Jahren ist der Berliner Landeshaushalt u.a. durch die bodenlosen Immobilienspekulationen der Berliner Bankgesellschaft unter der Leitung von Diepken und Landowsky & Co. in die Schiefelage geraten.

In Haftung dafür genommen wurden nicht die Spekulanten, sondern die Mehrheit der Berliner Bevölkerung, indem das Tafelsilber Berlins in Form der öffentlichen Daseinsvorsorge wie GASAG, BEWAG und die Berliner Wasserbetriebe privatisiert worden ist.

Damit nicht genug.

Auch ein Großteil des kommunalen Wohnungsbestands, wie die GSW, wurde an private Eigentümer verscherbelt. Seit den 90er Jahren wurden über 200000 städtische Wohnungen privatisiert. Der Großteil dieser Wohnungen befindet sich im Westteil der Stadt.

In Spandau befinden sich diese Wohnungen überwiegend in Großsiedlungen wie das Falkenhagener Feld, Staaken oder in Siemensstadt.

Für die betroffenen Mieter hat sich seitdem einiges zum Negativen verändert. Die kommunalen Wohnungsunternehmen gewährten ihren Mietern einen besonderen Schutz, indem auf die Wahrnehmung bestimmter Vermieterrechte verzichtet wurde. Die neuen Eigentümer sind allein auf einen hohen Profit aus. Ihre Geschäftsstrategie ist nicht darauf ausgerichtet, breite Teile der Bevölkerung mit preiswerten Wohnraum zu versorgen und diesen auch zu erhalten, sondern durch Verkauf und Verwertung der Wohnungen schnell hohe Profite zu erzielen.

Die Verwertungsstrategien, die dazu angewendet werden, kennen die betroffenen Mieter zur Genüge: Mieterhöhungsspielräume werden ausgeschöpft, Reduzierung der Instandhaltungs- und Wartungskosten auf ein Minimum, so dass von einer ordnungsgemäßen Instandhaltung nicht mehr gesprochen werden kann.

Aber auch eine Absenkung der Personalkosten, die eine ordnungsgemäße Verwaltung der Wohneinheiten nicht mehr gewährleistet. Oder die Vergabe an externe Dienstleister, die auch noch häufig wechseln, mit der Folge für die Mieter, selten kompetente Ansprechpartner zu haben.

Die Folge ist, dass sich der Wohnraum für die Mieter nicht nur verteuert hat, sondern die Wohnanlagen sichtbar verkommen und sich zudem das Wohnumfeld verschlechtert.

Die Geduld vieler Mieter, solche Missstände zu ertragen, ist am Ende. In Staaken, z.B., im Bereich Pillnitzer Weg hat sich eine Mieterinitiative gegründet, die ihre Interessen gegen die Verwertungsstrategien, gegen den jetzt mittlerweile dritten Eigentümer ihrer Wohnanlage vertreten wollen.

Gerade wenig informierte Mieter haben das Nachsehen und können ihre Rechte nicht wahrnehmen. Das Engagement der Staakener Mieter ist ein gutes Beispiel auch für andere Betroffene, sich nicht zu ergeben, sondern die eigenen Rechte zu nutzen, um etwas zu verändern.

Die Berliner Politik hat den kommunalen Wohnraum, den Generationen von Berlinern erarbeitet haben, den Fonds-Konsortien wie Cerberus-Whithall u.a. Heuschrecken in den Rachen geworfen und Wohnraum damit zur Ware gemacht, den sich viele nicht mehr leisten können.

Die Wohnungsfrage ist Teil der Eigentumsfrage. Berlin braucht ein neues Konzept für einen sozialen Wohnungsbau, der nicht Privateigentümer fördert. Gebraucht werden vor allem Sozialbauwohnungen im kommunalen Eigentum unter demokratischer Kontrolle. Deshalb steht hier und jetzt die Rückführung der privatisierten Wohnbaugesellschaften in Gemeineigentum ganz oben auf der Agenda.

Monika Merk

Mitglied des Vorstandes Die LINKE.Spandau



www.linksfraktion.de

Plan B ist Güteklasse A

Denkanstöße sollte die Konferenz zum sozial-ökologischen Wandel, zu der die Bundestagsfraktion DIE LINKE am 26. und 27. Oktober geladen hatte, geben. Die Linksfraktion, Initiatorin des Projekts „Plan B – das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“, versteht ihre Initiative als Einladung zur Debatte.

Dieser Einladung folgten am Freitag und Samstag zahlreiche Interessierte aus verschiedensten Bereichen der Gesellschaft. In Angesicht eklatanter Umweltbelastungen überall auf der Erde, sich zuspitzender Lebensmittel- und Ressourcenknappheit, zugleich steigender Energiepreise und der Tatsache, dass sich immer mehr Menschen weder alltägliche Lebensmittel, noch eine durchgängige Stromversorgung leisten können, sollte das große Interesse an der Verbindung sozialer Gerechtigkeit mit einer ökologisch schonenden Produktions- und Lebensweise kaum verwunderlich sein...

...Schon während der Einführung durch den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Gregor Gysi war der große Saal so voll, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Saalwände gelehnt und vor dem Saal den ersten Worten folgen mussten und wollten. Sie alle eint die Erkenntnis, dass, wie Gregor Gysi feststellte, ein Plan B schon deshalb notwendig sei, weil der Plan A, also die kapitalistische Produktionsweise und Verwertungslogik, gescheitert sei – als unsoziales Projekt, das die Demokratie gefährdet und zur Zerstörung der Lebensgrundlage von allem führt.

Drei Flügel machen ordentlich Wind: Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Ökologie.

Viele der Teilnehmer trugen ein Windrad mit sich, das die Idee des Plan B am besten symbolisiert. Soziale Gerechtigkeit und Ökologie können als gesellschaftliche Vision erst dann richtig Wind machen, wenn sie um einen dritten Flügel, nämlich die demokratische Mitbestimmung, ergänzt werden.



Ganz in diesem Sinne verstand sich die Konferenz nicht nur als inhaltliche, sondern auch als methodische Alternative. Monate zuvor luden die Macher des Plan B vor allem über die Internetplattform Facebook zur Diskussion über eine neue gesellschaftliche Vision. Woche für Woche wurde die Internetgemeinde nicht mit fertigen Antworten, sondern mit entscheidenden gesellschaftlichen Fragen konfrontiert: „Ist eine kostenlose Basisversorgung mit Strom sinnvoll, um Energiearmut zu verhindern?“ Oder: „Wie schnell können wir parallel zum „Atomausstieg“ aus der Kohleverstromung aussteigen?“ Oder: „Soll der gesamte öffentliche Personenverkehr durch öffentliche Unternehmen durchgeführt werden?“ Darüber hinaus konnten Userinnen und User das Konferenzprogramm mitbestimmen. Viel Raum für persönliche Visionen. Der Aufwand lohnte: Das erkennbare Interesse der Bundestagsfraktion, Betroffenen und Experten

zuzuhören, sorgte für eine streitbare, angenehm offene Atmosphäre und für ein buntes Konferenzpublikum. Viele Teilnehmer brachten ihren ganz persönlichen Plan B in die Debatte: Wie etwa Kathrin Linsler, die am Berliner Wassertisch für eine Rekommunalisierung der Berliner Energiewirtschaft kämpft und dem Megakonzern Vattenfall die Entscheidung über Berliner Energiepreise und Energieversorgung entziehen will, um sie in gesellschaftliche Hände zu übergeben. ...

...In einem so genannten World Café schließlich notierten die Teilnehmer ihre persönlichen Visionen auf Tischdecken. Die wurden aufgehängt und fotografiert; an ihnen ist, wenngleich kreuz und quer beschrieben, doch eine klare Vision erkennbar: ein ökologischer Wandel, der Umwelt und Ressourcen schont, Armut verhindert, Arbeit schafft und dabei auf das Engagement der Menschen baut.

Auszüge von Thomas Feske

Ausführlich unter linksfraktion.de, 28. Oktober 2012



?

Ein Verein im Aufwind

Spandau im Jahre 2006. Der Spandauer SV ist trotz vermeintlich kleinerer Krisen in die Oberliga aufgestiegen. 5 Spielzeiten später findet man sich jedoch 4 Ligen weiter unten vor den eigenen Trümmern wieder. Verblieben sind eine Handvoll Altmitglieder, eine aufgelöste Altherrenmannschaft und die faktisch nicht existierenden ersten Herren. Inzwischen, erneut drei Jahre später, existieren wieder drei Herrenmannschaften, 10 Jugendteams – weitere Jugendmannschaften und ein Ü32-Kleinfeldteam sind im Aufbau – und auch das Vereinsleben kommt immer mehr in Schwung. Was ist jedoch das Geheimnis dieses rasant voran-



werden. Hinzu kommt, dass viele Fans den Verein nicht nur aus der Sicht des Konsumenten wahrnehmen. Er ist für sie ein wichtiges Teil ihres Kiezes (der Neustadt) und ganz Spandaus, wofür es sich lohnt, seine Arbeitskraft und Freizeit aufzubringen.

Der Stadionbesuch ist nicht nur attraktiv, weil man inzwischen wieder einen guten Fußball sieht, sondern viele nehmen ihn auch als Freiraum im Gegensatz zur ansonsten meist als spießbürgerlich und vorurteilsbehaftet wahrgenommenen Stadionwelt anderer Vereine wahr. Hinzu kommt, dass man bei einem solch radikalen Neuaufbau die Vereinsarbeit ohne Rücksicht auf festgefahrene Vereinsmeierei betreiben kann.

Hieraus resultiert eine Atmosphäre, die der offenen toleranten Fanszene ein entsprechendes Vereinsbild an die Seite stellt. Es ist, vor allem in der Jugendabteilung gelungen, ein Vereinsklima zu schaffen, in dem sich jeder willkommen fühlt und das Sozialverhalten der Kinder ebenso wie die sportliche Leistungsfähigkeit gefördert wird.

Benjamin Ahmad



schreitenden Wiederaufbaus?

Das größte „Kapital“ war und ist wohl die große Tradition des 1894 gegründeten SSV und späteren Zweitligisten, die ihm unter den Fans eine größere Treue als bei den sportlich Aktiven sichert. Sie – die Fans – unterstützen den Verein nicht nur durch ihre Stadionpräsenz, sondern sind auch immer wieder bereit, dort mit anzupacken, wo sie gebraucht



WER WIE WAS WIESO WESHALB WARUM WANN WO WER WIE WAS

1. Mitgliederversammlungen:

jeden 3. Donnerstag im Monat
um 18.30 Uhr
(Seniorenclub Lindenufer, Mauerstr. 5b,
Nähe Rathaus Spandau, U7)



Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen!
Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Hotline 030/24009 555 oder im Internet unter mitglied.die-linke.de

Frau <input type="checkbox"/> Herr <input type="checkbox"/> Name, Vorname	
Geburtsdatum	Beruf
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	
E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ausfüllen und per Post oder per Fax an 030/24009 480

Die LINKE. Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Pichelsdorfer Straße 138

13595 Berlin - Spandau (Wilhelmstadt)

Tel. 36 43 74 71

www.die-linke-spandau.de, info@die-linke-spandau.de

2. Vorstandssitzungen:

jeden 1. und 3. Samstag im Monat
um 10.00 Uhr
(Geschäftsstelle Pichelsdorfer Str. 138,
13595 Berlin)

3. Basisorganisation „Soziale Gerechtigkeit“ :

jeden letzten Dienstag im Monat
um 18.00 Uhr
(Geschäftsstelle, Pichelsdorfer Str. 138,
13595 Berlin)

4. AK Gewerkschaften:

jeden 2. Dienstag im Monat
um 18.00 Uhr
(Geschäftsstelle Pichelsdorfer Str. 138,
13595 Berlin)

5. Hartz IV - Beratung:

jeden 1. Freitag im Monat
von 16.00 - 18.00 Uhr
und jeden 3. Donnerstag
von 18.00 - 20.00 Uhr
(Mauerstr. 6,
13597 Berlin, Kulturhaus Spandau,
3. Stock, Konferenzraum)



6. Sozialistische Bildungsakademie:

am ersten Montag im Monat
um 19.00 Uhr
(Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 5b
Nähe Rathaus Spandau)

Wenn Sie etwas bewegen und verändern wollen,
dann kommen Sie in DIE LINKE.

Wir brauchen viele Neue

– gönnen Sie sich etwas Neues!